

Journal

© Tierney – stock.adobe.com

Schwartze plant neues Patientenrechtegesetz

Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Stefan Schwartze, will in seiner zweiten Amtszeit das Patientenrechtegesetz reformieren. Das kündigte der SPD-Politiker in einem Gespräch mit dem „Deutschen Ärzteblatt“ an.

Das „Patientenrechtegesetz 2.0“ stand bereits in der vergangenen Legislaturperiode im Koalitionsvertrag, konnte aber wegen des Bruches der Ampelkoalition nicht realisiert werden. Obwohl es nicht explizit im schwarz-roten Koalitionsvertrag festgehalten wurde, will Schwartze das Thema in Gesprächen mit der neuen Hausleitung im Bundesjustizministerium besprechen. Dabei gehe es ihm vor allem um mehr Transparenz, um das Recht der Patientinnen und Patienten auf ihre Akte und um eine bessere Fehlerkultur. Zudem plant Schwartze in dem möglichen Gesetz statt einer Beweislastumkehr eine „Beweislastreduktion“, wie er gegenüber dem „Deutschen Ärzteblatt“ betonte.

tas/Quelle: Deutsches Ärzteblatt

Zahnärztinnen gründen lieber als Ärztinnen

Zahnärztinnen entscheiden sich häufiger für den Schritt in die Selbstständigkeit als ihre Kolleginnen aus der Medizin. Das zeigt die neue Versorgungsanalyse der Stiftung Gesundheit.

Während drei Viertel der Zahnärztinnen niedergelassen sind, gingen nur zwei Drittel der Ärztinnen in die Selbstständigkeit. Insgesamt sind mittlerweile mehr als ein Drittel der Ärztinnen (33,5 Prozent) angestellt, bei den Zahnärztinnen sind es nur knapp ein Viertel (24,9 Prozent). 16 Prozent der angestellten Ärztinnen und fast 9 Prozent der angestellten Zahnärztinnen arbeiten dabei in Medizinischen Versorgungszentren (MVZ). Bei Männern sind bislang 14,5 Prozent der Zahnärzte angestellt tätig, bei ihren ärztlichen Kollegen wählt gut ein Viertel dieses Arbeitsmodell (26,4 Prozent).

Wie die Stiftung Gesundheit auf Basis von Versorgungsdaten meldet, sank zwischen 2022 und 2024 der Anteil der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte von 72,6 auf 70,3 Prozent, während der Anteil der Ärzte, die in MVZ angestellt sind, von

13,8 auf 16,2 Prozent kletterte. In absoluten Zahlen entspricht das einem Zuwachs von etwa 7 000 Ärzten in MVZ in den vergangenen zwei Jahren.

„Es gibt viele Gründe für diese Entwicklung“, erklärt Christoph Dippe, CEO der Stiftung Gesundheit. „Zum einen beobachten wir, dass Investoren verstärkt Praxen aufkaufen und in MVZ umwandeln. Zusätzlich sind niedergelassene Ärzte durch externe Stressfaktoren stark belastet, wie unser Stimmungsbarometer regelmäßig zeigt.“ Ganz oben im Ranking der negativen Einflüsse finden sich Entscheidungen und Vorgaben aus der Politik oder Selbstverwaltung, die Digitalisierung sowie der hohe Anteil an administrativen Pflichten. Vor diesem Hintergrund sei es verständlich, dass sich immer mehr Ärzte gegen eine eigene Praxis entscheiden, so Dippe.

tas/Quelle: Stiftung Gesundheit

Klare Zustimmung für politische Maßnahmen

Die meisten Menschen in Deutschland befürworten staatliche Maßnahmen, um eine gesunde Ernährung zu fördern. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Befragung im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv).

Mehr als neun von zehn Befragten (91 Prozent) halten es für sehr oder eher sinnvoll, die Mehrwertsteuer auf gesunde Lebensmittel wie Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte abzuschaffen. Fast neun von zehn (89 Prozent) sprechen sich für strengere Werbeschränkungen für Produkte mit viel Fett, Zucker und Salz zum Schutz von Kindern aus. Eine deutliche Mehrheit (79 Prozent) befürwortet zudem eine Abgabe auf stark zuckerhaltige Getränke, damit die Hersteller den Zuckergehalt reduzieren.

„Die Studie macht deutlich: Verbraucher erwarten von der Politik, dass sie gesunde Ernährung gezielt fördert – durch bessere Rahmenbedingungen, faire Preise und klare Informationen. Gesunde Ernährung darf nicht ausschließlich als Frage der Eigenverantwortung betrachtet werden“, betont Michaela Schröder, Geschäftsbereichsleiterin Verbraucherpolitik im vzbv.

tas/Quelle: vzbv